

Der Markenkern der Union heute – Orientierung zwischen christlich- demokratischen Wurzeln und pragmatischem Regierungshandeln

REDE DES EHRENVORSITZENDEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V.,
 MINISTERPRÄSIDENT A.D. PROF. DR. BERNHARD VOGEL, IM HOTEL „DER ACH-
 TERMANN“ AM 29. NOVEMBER 2011 IN GOSLAR, NIEDERSACHSEN

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dem Bildungswerk Hannover der Konrad-Adenauer-Stiftung, namentlich Ihnen, verehrter Herr Jäger, herzlichen Dank für die Einladung. Gerne bin ich heute zu Ihnen nach Goslar gekommen. Einen geeigneteren Ort hätten Sie für das mir gestellte Thema nicht aussuchen können. Für die Union ist es wahrlich ein historischer Ort. „Nahe an der blutenden Wunde Deutschlands“ – das war die Begründung dafür, dass im Odeon-Theater der erste Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands vom 20. bis 22. Oktober 1959 stattfand.

Adenauer war gewiss ein weitblickender Mann, aber dass ihm einmal eine evangelische Pastorentochter – in Brandenburg aufgewachsen – nachfolgen würde, damit hat er wohl nicht gerechnet. Aber ich bin sicher, er hätte bei der letzten Bundestagswahl CDU gewählt.

386 Stimmberechtigte und rund 600 Gastdelegierte waren zur ersten gemeinsamen Beratung ihrer geistigen Grundlagen – ihres Markenkernes, würde man heute sagen – zusammengekommen. Der Weg vom Bahnhof bis zum Hotel „Der Achtermann“ war mit den Fahnen der Länder, der Länder der sowjetisch besetzten Zone – so sagte man damals – und der Provinzen jenseits von Oder und Neiße beflaggt.

Das Parteitagsprogramm sah für den zweiten Tag vor, dass zunächst der „vorläufige Parteivorsitzende“ Konrad Adenauer das Statut der CDU Deutschlands verkündete. Danach folgte die Wahl Adenauers zum ersten CDU-Bundesvorsitzenden mit 302 von 335 Stimmen. Er sollte es für 16 Jahre bleiben.

Die Gründung der CDU auf Bundesebene erfolgte spät, erst nach der ersten Bundestagswahl von 1949 und der ersten Regierungsbildung.

Nach der Machtergreifung hatte Hitler 1933 alle demokratischen Parteien aufgelöst, soweit sie ihm nicht durch Selbstauflösung zuvorgekommen waren.

Einzig die SPD hat die NS-Diktatur überlebt. In der inneren Emigration, im Exil, in London und in der Schweiz. Sofort nach dem Zusammenbruch konstituierte sie sich wieder. Kurt Schumacher, der zehn Jahre in Konzentrations- und Gefangenenlagern gesessen hatte; der im Krieg ein Bein und im Konzentrationslager einen Arm verloren hatte, war ihr unbestrittener Führer. In der herausziehenden DDR allerdings wurde sie sehr bald ein Opfer der Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED, die sie mit Mehrheit gegen ihren Willen – allerdings nicht gegen den Willen aller – vollziehen musste.

Zwei liberale Parteien, die am Ende der Weimarer Republik auf ein Minimum geschrumpft waren, haben sich nach dem

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER
MINISTERPRÄSIDENT A. D.
PROF. DR. BERNHARD VOGEL

Dezember 2011

www.kas.de/hannover
www.kas.de

Zweiten Weltkrieg unter Führung von Theodor Heuss zur FDP vereinigt.

Nur eine Partei, die auf Dauer Bestand haben sollte, entstand neu: die Christlich Demokratische Union bzw. die Christlich Soziale Union in Bayern. Es entstand eine Partei neuen Typs.

„Die Union ist nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben gewachsen“

Schon am Ende des Krieges hatten sich Männer und Frauen in den Schützengräben, den Gefangenenlagern und den Konzentrationslagern geschworen – wenn sie überleben sollten –, alte Gräben zu überwinden.

In Köln z. B. trafen sich die ersten bereits am 8. März – zwei Monate vor der bedingungslosen Kapitulation. Unter ihnen: Konrad Adenauer, der langjährige Kölner Oberbürgermeister. Am 17. Juni 1945 wurden die „Kölner Leitsätze“ als programmatische Grundlage verabschiedet.

Oder in Berlin, wo mancher zu den ersten Versammlungen noch in Häftlingskleidung erschien, wie z. B. Andreas Hermes. Der Volksgerichtshof unter Freisler hatte ihn am 11. Januar 1945 zum Tode verurteilt. Die Eroberung Berlins durch sowjetische Truppen bewahrte ihn vor der Hinrichtung. Am 26. Juni 1945 bereits erfolgte der Gründungsauftrag der CDU in Berlin; Hermes wurde erster Vorsitzender der CDU in der sowjetisch besetzten Zone.

Überall in Deutschland – man wusste zunächst nichts voneinander, man konnte sich nicht besuchen, ja nicht einmal problemlos miteinander telefonieren –, nicht nur in Köln und Berlin, auch in Frankfurt und München, in Stuttgart und Freiburg und an vielen anderen Orten kam es zu den ersten Anfängen einer Parteigründung, aus der die Union erwuchs. Sie ist nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben entstanden; getragen von der Vision, konfessionelle Grenzen zu sprengen und eine Sammlungsbewegung der Mitte zu bilden.

Die Väter und Mütter – es waren wenige, aber es waren auch Mütter darunter – wollten Frieden und Freiheit; sie wollten den Wiederaufbau; sie wollten die Rückkehr

Deutschlands in die Wertegemeinschaft der westlichen Völker; und sie wollten die Einheit Deutschlands erhalten bzw. wiederherstellen – sie wollten kein zentralistisches Deutschland – und sie wollten ein föderales Europa.

Im Dezember 1945 fand in Bad Godesberg erstmals ein „Reichstreffen“ von Vertretern der christlich-demokratischen Bewegung aus allen Teilen Deutschlands statt. Man einigte sich auf den neuen, in Berlin geprägten Namen „Christlich Demokratische Union“.

Niemand ahnte damals, dass dieser Neugründung ein wahrer Siegeszug bevorstand.

Ein Siegeszug, der die Union in den vergangenen sechs Jahrzehnten zu einer bestimmenden politischen Kraft in Deutschland werden ließ. Drei Impulse haben die Union dazu gemacht:

1. Der Impuls zur Integration: Die Männer und Frauen, die die Union gründeten, wollten die christlich-sozialen, die liberalen und die wertkonservativen Wurzeln der Vorgängerparteien in einer Union zusammenführen. Sie wollten gemeinsam einen neuen Anfang machen.

Als „Union“ wollten sie ausdrücklich Abschied nehmen von den alten Klassenparteien, die in der Weimarer Republik das politische Feld beherrschten und schließlich gescheitert waren. Nicht die geballte Faust, die ausgestreckte Hand ist unser Symbol geworden. Sie wollten eine Union der Landschaften, der ländlichen und der städtischen Räume, eine Union der sozialen Schichten, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. In allen ihren Grundsatzprogrammen, auch im jüngsten, dem 2007 in Hannover verabschiedeten Grundsatzprogramm, bekennt die Union sich ausdrücklich zu diesen Wurzeln.

Und sie wollten vor allem eine Union der Konfessionen. Die ökumenische Bewegung begann in Deutschland im politischen Bereich. Erst später sind die Kirchen glücklicherweise gefolgt.

2. Der Impuls zur Bewahrung und zur Erneuerung: Unsere Gründer haben sich

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER
MINISTERPRÄSIDENT A.D.
PROF. DR. BERNHARD VOGEL

Dezember 2011

www.kas.de/hannover
www.kas.de

vom christlichen Menschenbild leiten lassen; von der Überzeugung, dass der Mensch nach dem Ebenbild Gottes geschaffen ist, dass darum die Würde des Menschen unantastbar ist; sie haben sich von der Katholischen Soziallehre und der Evangelischen Sozialethik leiten lassen.

Die Christliche Soziallehre prägt das Grundgesetz, seine Präambel mit der ausdrücklichen Anrufung Gottes und die Grundrechte in seinen ersten 19 Artikeln. Vor allem den entscheidenden Kern des Grundgesetzes, den ersten Artikel: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Aus diesem Menschenbild leiten sich unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit ab.

3. Der Impuls zur Modernisierung: Die Union war davon überzeugt, dass sie nach dem Scheitern der Weimarer Republik und den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und der von ihm verschuldeten politischen und gesellschaftlichen Katastrophe und angesichts der Bedrohung durch den Kommunismus einen neuen Aufbruch wagen müsse. Ein Aufbruch zur Freundschaft mit Frankreich, zur Einigung Europas und der Wiedervereinigung Deutschlands. Die Union zog am radikalsten die politische Konsequenz aus der Selbstzerfleischung Europas.

Sie hat – Dank Ludwig Erhard – der Sozialen Marktwirtschaft zum Durchbruch verholfen, die uns im Westen Deutschlands zu Wohlstand führte und um die uns viele in der Welt beneiden.

Wir wollten die zweite Chance, die sich uns nach dem totalen Zusammenbruch bot, nutzen und einen gefestigten freiheitlichen, demokratischen Staat in Deutschland aufbauen. Heute, über sechzig Jahre später, können wir sagen: Wir haben diese zweite Chance – Gott sei Dank – genutzt!

Niemand steht mehr für diesen Neuanfang als Konrad Adenauer. Ein Mann des taktischen Geschicks, der sich meisterhaft auf

die Realpolitik verstand und bisweilen auch ein listiger Taktiker war. Vor allem aber war er ein Mann mit einem klaren weltanschaulichen Fundament.

Er hatte eine Selbstverständlichkeit verinnerlicht, die manchem heutzutage aus dem Blick zu geraten droht: Staatliches Handeln muss an klaren Normen und einem nachvollziehbaren Ordnungsrahmen ausgerichtet und es muss kalkulierbar sein.

Carl Jacob Burckhardt hat das kurz nach dem Tod Adenauers in einem Brief an Carl Zuckmayer eindrucksvoll beschrieben: „Die Grundgefahr demokratischer Staatsform, entweder in Anarchie zu versinken, oder zur Diktatur zu führen, hat er dadurch überwunden, dass er die Staatsautorität an ihren richtigen Platz stellte und sie durch seine mächtige Persönlichkeit, von Erfolg zu Erfolg, rechtfertigte. In einem Chaos unfruchtbarer theoretischer Erörterungen, hat er, dem nachgerade seltensten, dem gesunden Menschenverstand zum Sieg verholfen.“

Der Sieg des gesunden Menschenverstandes und der Sieg christlicher Werte führten zum Sieg des bürgerlichen Gesellschaftsmodells. Konrad Adenauer hat die Eckpfeiler einer bürgerlichen Kultur durch sein politisches Handeln verkörpert.

DAS CHRISTLICHE IN DER POLITIK

Der Mensch ist ein Geschöpf Gottes. Er ist nicht das Maß aller Dinge. Er kann irren und schuldig werden. Er hat für sein Tun und Lassen einzustehen und sich selbst, seinen Mitmenschen und Gott gegenüber Rechenschaft zu geben. Auch der andere kann Recht haben. Darum muss man ihm zuhören. Das christliche Versöhnungsgebot verlangt, versöhnungsbereit zu sein; verlangt, den anderen nicht zu verteufeln.

Die Einsicht in die Begrenztheit des Menschen bewahrt vor ideologischen Heilslehren und vor Überforderungen der politischen Planungs- und Gestaltungsfähigkeit. Alle zu hochgestellten gesellschaftlichen Ziele, mögen sie auch noch so menschenfreundlich und verführerisch daherkommen, fordern zur Abwehr heraus. Der Schutz vor Machtmissbrauch muss Vorrang haben.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER

MINISTERPRÄSIDENT A.D.

PROF. DR. BERNHARD VOGEL

Dezember 2011

www.kas.de/hannover

www.kas.de

Vom Historiker Thomas Nipperdey stammt der Satz: „Die Christen glauben nicht an die Utopie eines irdischen Paradieses, das Staat oder Gesellschaft oder Politik produzieren kann. Sie sind von der Endlichkeit, der Fehlbarkeit, der Sündhaftigkeit des Menschen überzeugt.“

Konrad Adenauer hat es so gesagt: „Wir müssen die Menschen so nehmen, wie sie sind. Wir kriegen keine anderen.“

„Politik kann und darf nicht alles“

Die Grundlagen müssen stimmen. Dann darf auch Realismus, mitunter sogar Pragmatismus, angesagt sein. Dieser christliche Realismus setzt nicht nur Schranken gegen die politische Utopie vom perfekten Menschen, sondern auch Schranken dagegen, dass der Mensch sich zum Schöpfer erhebt. Nicht alles, was uns technisch und wissenschaftlich möglich ist, ist uns auch erlaubt.

Max Weber hat einmal gesagt: „Politiker sind nicht die Ingenieure des menschlichen Glücks.“ Eine an diesem Menschenbild orientierte Politik kann niemals einen totalen oder gar einen totalitären Anspruch auf ihre allumfassende Gestaltung beanspruchen. Politik darf sich den Menschen nicht total verfügbar machen. Politik kann nicht alles und darf nicht alles.

Für mich gibt es darum auch keine „christliche Politik“ – auch das wäre ein totalitärer Anspruch –, wohl aber christliche Politiker.

Annette Schavan hat es einmal besonders treffend formuliert: „Aus christlichem Glauben lässt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Politisches und Christliches können nur dann füreinander fruchtbar werden, wenn sie sich voneinander unterscheiden, um in solcher Unterscheidung Impuls füreinander zu werden.“

Seit über sechzig Jahren ist die konsequente Ausrichtung am christlichen Menschenbild der Rahmen für unser politisches Handeln. Und er ist ein Stück weit der „Stachel in unserem eigenen Fleisch“, der Forderungen zum aktiven Gestalten an uns stellt.

Entlang dieser Grundlagen prägt die Union seit über sechs Jahrzehnten als eine der

beiden Volksparteien das politische Erscheinungsbild unseres Landes.

42 Jahre lang hat in der Bundesrepublik ein Mitglied der CDU den Kanzler bzw. die Kanzlerin gestellt, zwanzig Jahre ein Mitglied der SPD.

Die beiden Volksparteien sind zu Garanten einer bemerkenswerten Stabilität geworden. Sie haben beide ganz entscheidend zur Sicherung der Demokratie und zur breiten Zustimmung der Wählerschaft zu unserer parlamentarischen Demokratie beigetragen. Man mag sie noch so heftig kritisieren, sie sind mit dem beispielhaften Aufstieg der Bundesrepublik nach 1945 eng verbunden.

Der Erfolg von Volksparteien hängt von ihrer Fähigkeit ab, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Interessen übergreifend zu integrieren. Anders als kleine Parteien, konzentrieren sie sich nicht auf ausgewählte Kapitel der Wählerschaft.

Das war nicht immer so: Dem ersten Deutschen Bundestag gehörten zehn Fraktionen an. Das im Wesentlichen bis heute unveränderte Wahlrecht zum Bundestag – das personalisierte Verhältniswahlrecht – begünstigt die Entwicklung von Volksparteien keineswegs. Ganz im Gegensatz zum Mehrheitswahlsystem, wie wir es aus England oder den Vereinigten Staaten kennen, wo durch das Wahlsystem ein Zweiparteiensystem praktisch vorgegeben ist und sich nicht erst durch den Wähler herstellen muss. Die beiden Volksparteien haben sich in Deutschland trotz und nicht wegen des Wahlsystems entwickelt.

DIE VOLKSPARTEIEN IM WANDEL DER ZEIT

Heute müssen sie sich unter veränderten Rahmenbedingungen bewähren. Manche läuten ihnen bereits das Totenglöcklein.

Das Wählerverhalten hat sich geändert. Und die Parteienlandschaft hat sich verändert. Die Zahl der Stammwähler hat deutlich abgenommen, die der Nichtwähler hat – jedenfalls bei Kommunal- und Landtagswahlen – deutlich zugenommen. An den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern Anfang September haben 48 Prozent der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BILDUNGSWERK HANNOVER
MINISTERPRÄSIDENT A.D.
PROF. DR. BERNHARD VOGEL

Dezember 2011

www.kas.de/hannover
www.kas.de

Wahlberechtigten nicht teilgenommen. Zwei Wochen später in Berlin waren es fast vierzig Prozent.

Zu den Stammwählern der Union zählten vor Jahren, z. B. im Emsland, die fünfzig Prozent der Katholiken, die sonntags in die Kirche gingen, sich eine Woche vor der Wahl den Hirtenbrief des Bischofs anhörten und nach seinen Empfehlungen wählten. Heute besuchen noch 10 bis 15 Prozent der Katholiken sonntags die Kirche, Hirtenbriefe gibt es nicht mehr – und wenn es sie gäbe, würden die Gläubigen nicht unbedingt wählen, was ihnen empfohlen wird.

Ich glaube, es ist nicht richtig, unter den Nichtwählern nur desinteressierte, bequeme Unbeteiligte zu sehen, die die Mühe, am Sonntag zur Wahl zu gehen, scheuen. Ich glaube, dass es inzwischen eine bemerkenswerte Gruppe „politischer Nichtwähler“ gibt. Die Zahl derer, die aus politischer Überlegung nicht zur Wahl gehen, hat deutlich zugenommen; die Zahl der Verdrossenen steigt. Und die Zahl der Wähler, die die Partei, die sie bisher gewählt haben, nicht mehr wählen wollen, aber deswegen keine andere Partei wählen. Hier sollten wir einsetzen. Was wird z. B. aus der einen Million CDU-Wähler, die 2009 zu Hause blieben? Ganz zu schweigen von der einen Million CDU-Wähler, die ihre Stimme der FDP gaben, weil sie die Chance einer schwarz-gelben Koalition sichern wollten?

Neben der Abnahme der Stammwähler und der Zunahme der Nichtwähler ist eine deutliche Veränderung der Parteimitgliedschaft zu verzeichnen. Man nimmt die Dienste der Parteien in Anspruch, man kritisiert sie möglichst heftig, aber wer kommt schon auf die Idee, ihnen beizutreten und es besser zu machen als die, die man tadelt, weil sie es nicht gut genug machen? Die Sozialdemokraten haben seit 1990 vierzig Prozent ihrer Mitglieder verloren, die CDU ein Drittel. Im Augenblick freut sich die CDU darüber, dass sie dadurch jetzt mehr Mitglieder als die SPD hat. Wir freuen uns, dass wir weniger verloren haben als die SPD! Ein begrenzter Anlass zur Freude!

Aber nicht nur die Mitgliederzahlen gehen zurück, auch die Soziologie der Neueingetretenen hat sich verändert. Früher war es

üblich, dass, wenn der Vater – der jahrzehntelang Mitglied einer Partei war – starb, der Sohn, und sei es nur aus Pietät, in diese Partei eintrat. Wer heute in eine Partei eintritt, will nicht Tradition wahren, sondern mitgestalten, mitwirken und mit tätig werden. Die Parteien sollten darauf achten.

So richtig es ist, strukturelle Gründe – wie z. B. die Auflösung sozialer Milieus oder das schwindende politische Interesse, vor allem der jungen Generation – für die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Volksparteien verantwortlich zu machen: Die eigentlichen Gründe liegen bei den Volksparteien selbst.

In der Wählerschaft der Union haben sich Veränderungen vollzogen. Sie ist durch die Wiedervereinigung ostdeutscher und wohl auch ein wenig protestantischer geworden. Erfreulicher, nicht unerfreulicher Weise. Die Bindung zu den Kirchen ist lockerer geworden. Nicht nur in der Wählerschaft, auch bei den Mitgliedern und den Mandatsträgern. Wir müssen neue Impulse geben, dass Bürger sich für unsere Ideen engagieren.

„In der Wählerschaft der Union haben sich Veränderungen vollzogen“

Seit ihrer Gründung bezieht die Union ihre Kraft aus ihrer Verankerung in allen Landschaften, gesellschaftlichen Gruppen und Milieus. Sie muss erreichen, für traditionelle Milieus Heimat zu bleiben und zugleich die Brücke zu schlagen zu Wählern, die anders leben als ihre Eltern oder Großeltern. Das ist nicht einfach, aber möglich.

Wir müssen dazu deutlich machen, dass von der Zukunft der Volksparteien die Stabilität unserer parlamentarischen Demokratie abhängt. Dass Volksparteien die Voraussetzung dafür sind, dass stabile Regierungen ins Amt kommen, weil Drei- oder Mehrparteien-Koalitionen notwendigerweise schwache Koalitionen, schwache Regierungen zur Folge haben. Wenn sie zu Dienstleistungsparteien zusammenschrumpfen, zu Schönwetter- oder Gefälligkeitsparteien, droht diese Gefahr.

Volksparteien erlauben dem Wähler selbst, Kompromisse zu schließen, die bei einem Mehrparteiensystem bei Koalitionsverhandlungen in Hinterzimmern von anderen ge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER
MINISTERPRÄSIDENT A.D.
PROF. DR. BERNHARD VOGEL

Dezember 2011

www.kas.de/hannover

www.kas.de

geschlossen werden müssen. Sie tragen entscheidend dazu bei, nicht am Wahltag über diese oder jene aktuelle Frage abzustimmen, sondern Persönlichkeiten Vertrauen zu schenken und für eine begrenzte Zeit ein Mandat zu geben, denen ich vertraue, in meinem Sinne zu handeln, auch wenn im Laufe einer Legislaturperiode Fragen zu entscheiden sind, die am Wahltag noch nicht auf der Agenda standen. Deswegen muss ich ihr Koordinatensystem und ihre Grundsätze kennen.

Natürlich ist es erfreulich, wenn Parteien auf die Wähler zugehen, wenn sie nahe bei den Menschen sein wollen, wenn sie Umfragen zur Kenntnis nehmen, wenn sie dem Volk sprichwörtlich „aufs Maul“ schauen. Aber sie sollten ihm nicht nach dem Munde reden.

Viele, sehr grundlegende Entscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik waren in Umfragen keineswegs mehrheitsfähig, als sie getroffen wurden, haben sich später aber als richtig erwiesen und wurden begrüßt.

Mir steht ein besonders einprägsames Beispiel vor Augen: Im Frühjahr 1953 beschließt Konrad Adenauer die Wiederaufstellung der Bundeswehr. Eine mutige Entscheidung im Jahr 1953! In derselben Zeit begann Allensbach die ersten Meinungsumfragen durchzuführen. Sein Pressesprecher, Felix von Eckardt, sucht ihn auf und sagt: „Herr Bundeskanzler, das mit der Wiederbewaffnung sollten Sie lassen. 83 Prozent der Bevölkerung ist dagegen. Bedenken Sie: Im Herbst ist Bundestagswahl.“ Adenauers Antwort war: „Nein, Herr von Eckardt, ich werde das nicht lassen, aber Sie werden viel Arbeit bekommen.“ Die anschließende Bundestagswahl wurde zur klaren Bestätigung der Politik Adenauers. Zum ersten Mal errang eine demokratische Partei in einem zentralen deutschen Parlament die absolute Mehrheit der Sitze.

Der Beschluss Ludwig Erhards, am Tag nach der Währungsreform die Preise freizugeben und freien Handel zuzulassen, hätte in keiner Partei und in keinem Parlament eine Mehrheit erhalten. Der NATO-Nachrüstungsbeschluss ist von der Mehrheit lange bekämpft worden. Die großen Sozialgesetzgebungen waren nicht populär, als sie

beschlossen wurden, haben sich aber als richtig erwiesen.

Darum füge ich dem richtigen Satz „Lasst uns auf die Wähler zugehen“ hinzu: Ja, Parteien müssen wissen, was der Wähler will. Aber Parteien sind auch dafür da, Ziele vorzugeben und zu begründen, warum diese Ziele richtig sind und verfolgt werden sollten. Beides ist notwendig, nicht nur eines von beiden! Gegenwärtig allerdings besteht meines Erachtens vor allem Mangel an der Bereitschaft, Ziele vorzugeben. Das sollten wir in unserer gegenwärtigen innerparteilichen Diskussion einbeziehen.

NEUE HERAUSFORDERUNGEN VERLANGEN NEUE ANTWORTEN

Dass über das „C“ diskutiert, geschrieben und gestritten wird, das kann ich nicht beklagen; das finde ich erfreulich; das ist ein gutes Zeichen. Das „C“ war immer schon ein Stein des Anstoßes und für viele ein Ärgernis. Und es ist immer schon nicht als Anspruch, sondern als Verpflichtung verstanden worden. Deswegen stimme ich meinem Freund Erwin Teufel und meinem Weggefährten Helmut Kohl in vielem, was sie kritisch bemerkt haben, zu. Ich empfehle ernst zu nehmen, was Teufel, Kohl und andere Altvordere gesagt haben.

Nur dürfen wir dabei nicht übersehen, dass sich einiges geändert hat, dass neue Herausforderungen vor uns liegen, auf die wir neue Antworten geben müssen, ohne unsere Grundüberzeugungen dabei über Bord zu werfen. Das christliche Menschenbild muss unser Fundament bleiben!

Selbstverständlich halte ich daran fest, dass Ehe und Familie den besonderen Schutz des Staates beanspruchen können. Ich halte auch daran fest, dass es das Recht und – wie es im Grundgesetz ausdrücklich heißt – die Pflicht der Eltern ist, die Kinder zu erziehen. Ohne allerdings darüber hinwegzusehen, dass ein beträchtlicher Teil der Kinder nicht mehr in Ehen und Familien aufwächst, sondern vorehelich oder außerehelich geboren wird. Ob ich das billige oder nicht: Ich kann doch nicht die Realität verschweigen.

Ich war ein nachdrücklicher Befürworter der Wehrpflicht, weil sie Armee und Volk zu-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BILDUNGSWERK HANNOVER
MINISTERPRÄSIDENT A.D.
PROF. DR. BERNHARD VOGEL

Dezember 2011

www.kas.de/hannover
www.kas.de

sammenbrachte. Ich habe das über Jahrzehnte begrüßt. Aber ich kann doch nicht darüber hinwegsehen, dass, als die Bundeswehr gegründet wurde, kein Mensch in der Welt es für möglich hielt, dass deutsche Soldaten in Uniform außerhalb Deutschlands Dienst tun würden, und dass wir heute, fünfzig Jahre später, eine andere Armee zur Verteidigung der Freiheit an vielen Stellen in der Welt brauchen.

Aber sollten wir nicht doch ernsthaft darüber nachdenken, ein soziales Dienstjahr verpflichtend für alle Jugendlichen einzuführen? Ein Jahr Dienst an der Allgemeinheit, für Behinderte und Kranke z. B., ein Jahr Überspringen aller sozialen Unterschiede: Das könnte ein zumutbarer Dienst sein.

Natürlich verstehe ich, dass wir aus den schrecklichen Ereignissen in Japan im Frühjahr die notwendigen Konsequenzen ziehen. Allerdings bin ich dafür, dass wir all denen, die jetzt den Ausstieg beklatschen, sagen: Klatschen sie bitte auch, wenn in zwei, in fünf oder in sieben Jahren die Konsequenzen dieser Entscheidung getragen werden müssen. Vielleicht sollten wir die Zusammenhänge ein wenig deutlicher machen. Begeisterung kostet Opfer!

Und dann natürlich Europa: Auch Europa steht neu auf der Tagesordnung. So ernst die gegenwärtige Krise auch sein mag, Europa darf nicht in Frage stehen. Und der Euro darf Europa nicht in Frage stellen. Wir Deutsche sind am Entstehen der gegenwärtigen Krise nicht ganz unbeteiligt. Gegen den Rat von Helmut Kohl hat die Regierung Schröder der Aufnahme Griechenlands in den Euro-Raum zugestimmt. Und es war 2003 die damalige Bundesregierung Schröder, die zusammen mit Frankreich als erste die Maastricht-Kriterien, die Verschuldungsgrenze, verfehlt hat.

Die augenblickliche Debatte ist verwirrend und für den Laien nur schwer nachvollziehbar.

Der Euro darf nicht scheitern. Griechenland darf nicht zur Dauerbelastung werden. Solidarität ist gefordert, aber auch eigener Einsatz. Wie im alltäglichen Leben ist Solidarität dem Schwächeren gegenüber gefordert,

aber der Schwächere muss den Willen bekunden, seine Schwäche zu überwinden.

Die gemeinsame Währung kann auf Dauer nur Bestand haben, wenn sie von einer europäischen Haushaltsdisziplin begleitet wird, das heißt von einer Schuldenbremse in allen Ländern und von einem Sanktionsrecht des Europäischen Gerichtshofes bei Nichteinhaltung der Kriterien. Die Währungsunion muss von einer Wirtschaftsunion flankiert werden.

„Der Euro darf nicht scheitern“

Das heißt: Der Lissabon-Vertrag reicht nicht. Er muss weiterentwickelt, er muss ergänzt werden. Das ist schwierig! Wir brauchen eine mit Herz und Verstand geführte Debatte über die Vertiefung der Europäischen Union, damit sie nicht auseinanderbricht.

Wir wollen Europa vor allem aus zwei entscheidenden Gründen:

1. Durch die Einigung Europas ist Frieden geschaffen worden. Frieden ist selbstverständlich geworden. Für uns Deutsche kam die Einsicht hinzu, dass die Einigung Europas eine der Voraussetzungen für die ersehnte deutsche Einheit sein musste, wie schon Konrad Adenauer klarsichtig erkannt hatte. Zwei Seiten ein- und derselben Medaille, wie Helmut Kohl später nicht müde wurde, immer wieder zu betonen. Es ist mir lieber, eine Milliarde nach Griechenland zu zahlen, als eine Milliarde für eine Woche Krieg auszugeben.
2. Durch die Einigung Europas haben wir in der globalisierten Welt eine Zukunftschance. Am Ende des Weltkrieges lebten 22 Prozent der Weltbevölkerung in Europa, heute sind es noch zwölf Prozent und bald werden es nur noch sieben Prozent sein.

Neue Herausforderungen verlangen neue Antworten. Ich konnte nur Beispiele benennen. Die Liste ist viel länger. Und ob wir sie abarbeiten können, davon hängt die Zukunft der kommenden Generation ab und die Zukunft Deutschlands.

Wir werden das schaffen. Wir werden als Union einen entscheidenden Beitrag dazu

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER
MINISTERPRÄSIDENT A.D.
PROF. DR. BERNHARD VOGEL

Dezember 2011

www.kas.de/hannover

www.kas.de

leisten, wenn wir an unserem Markenkern festhalten; wenn er unser alltägliches Handeln und auch unsere pragmatischen Entscheidungen bestimmt.

Meine Generation sollte die Generation der heute Verantwortlichen nicht belehren, so wenig wie wir einst belehrt werden wollten. Aber wir sollten ihr Mut machen. Die Geschichte lehrt: Wenn man nicht mürrisch abseits steht, sondern zupackt und die Ärmel hochkrepelt und beherzt zugreift, kann man mit den Problemen fertig werden.

Als ich 1953 das Gymnasium verließ, hätte ich mir nicht vorstellen können, dass es uns gelingen würde, unser in Trümmern liegendes Land wieder aufzubauen, 14 Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen – wenn auch nicht ihre – so doch eine zweite Heimat zu geben; zu Freunden Frankreichs zu werden; ja sogar die Teilung unseres Vaterlandes zu überwinden; vor allem aber die Gefahr eines dritten Weltkriegs in Europa dauerhaft zu bannen.

Warum sollte es der heutigen Generation nicht möglich sein, mit den heutigen Problemen ebenso fertig zu werden? Sich dafür zu engagieren, lohnt sich!